

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 50 (1995)
Heft: 1

Artikel: Veraltete Agrarpolitik liefert Bauern dem Gatt schutzlos aus
Autor: Schädeli, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891978>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Veraltete Agrarpolitik liefert Bauern dem Gatt schutzlos aus

Die Landwirtschaft ist im Umbruch. Viele Bauern haben das längst gemerkt und nehmen die Herausforderung der Zukunft an. Aufgabe der Landwirtschaftspolitiker und des Staates wäre es, mit einer weitsichtigen Landwirtschaftspolitik günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit dem Verfassungsartikel, dem Milchwirtschaftsbeschluss und den Zwangsabgaben soll jedoch nur die alte Agrarpolitik zementiert werden. An der Volksabstimmung vom 12. März 1995 hat das Stimmvolk Gelegenheit, sich zu den drei Vorlagen zu äussern. Mit 3 x Nein öffnet man die Türen für eine zukunftsorientierte Agrarpolitik.

Leistungsauftrag entspricht den Zielen

Direktor Hans Burger vom Bundesamt für Landwirtschaft erklärte vor zwei Jahren die flächendeckende Ökologisierung der Landwirtschaft als mittelfristiges Ziel. Der Agrar-Kanton Bern folgt dem gleichen Ideal. Gemäss Agrarstrategie 2000 sollen im Jahr 2000 auf dem Kantonsgebiet nur noch IP- und Bio-Betriebe wirtschaften. Die Forderung nach einem ökologischen Leistungsauftrag im Verfassungsartikel zur Landwirtschaftspolitik wäre also durchaus realistisch und angemessen. Damit würde in der Verfassung verankert, dass nur Direktzahlungen bekommt, wer nach den Grundsätzen des biologischen Landbaus oder der integrierten Produktion wirtschaftet. Schwarze Schafe wie bodenunabhängige Grossmäster und Hors-sol-Betriebe könnten endlich vom Agrarschutz ausgeschlossen werden. Vom Parlament wurde diese Auflage im Verfassungstext bachab geschickt.

Deklarationspflicht nützt den meisten Bauern

Auch die Deklarationspflicht auf Lebensmitteln hätte den allermeisten Bauernbetrieben nur geholfen. Die Produktionsweise, die Verarbeitungsverfahren und die geografische Herkunft müssten dem Konsumenten klar an-

gegeben werden. Nur gerade die schwarzen Schafe, die mit Gentechnologie und Hors-sol arbeiten, hätten Nachteile zu gewärtigen gehabt. Dennoch schaffte auch diese Auflage im Parlament die Hürde in die Verfassung nicht.

Lenkungsabgaben bringen Kostenwahrheit

Die Lenkungsabgaben auf Handelsdünger und chemischen Pflanzenschutzmitteln erteilt dasselbe Schicksal. Das Ziel wäre dort, gleichlange Spiesse zu schaffen für die sanften und die hilfsmittel-intensiven Produktionsformen. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass ein wichtiger Produktionsfaktor noch zum Nulltarif erhältlich ist: Die Umwelt. Sobald sie kippt, kostet es die öffentliche Hand riesige Summen, sie wieder zu sanieren. Man denke hier an den Fall Sempachersee.

Die drei Auflagen, die der zukünftigen Landwirtschaft etwas gebracht hätten, wurden alle aus dem Verfassungstext gestrichen. Geblieben ist ein Artikel, der gummig und löchrig ist wie ein junger Emmentaler-Käse.

Recht des Stärkeren im Milchwirtschaftsbeschluss

Beim Milchwirtschaftsbeschluss liegt etwas ähnliches vor. Anstatt

den Kontingentshandel an ökologische Auflagen zu binden, wird das Recht des Stärkeren eingeführt. Ursprünglich wollte der Bundesrat den Kauf und die Miete von Milchkontingenten integriert und biologisch wirtschaftenden Betrieben vorbehalten. Nach Auffassung des Parlamentes soll aber jeder Bauer Kontingent kaufen können, der eine entsprechend dicke Brieftasche hat.

Für 1998 ist bereits wieder eine neue Milchmarktordnung angesagt. Der Milchwirtschaftsbeschluss, der am 12. März 1995 zur Abstimmung vorliegt, wäre zuvor eine Art Übergangsregelung, ein Vorentscheid aber auch über die Ausgestaltung der neuen Marktordnung. Ein Nein am 12. März hiesse für Michel Pellaux und seine Mannen im Bundesamt für Landwirtschaft: Achtung, wir müssen die Bio- und IP-Bauern in unseren Zielen besonders berücksichtigen! Wird der Milchwirtschaftsbeschluss am 12. März aber angenommen, fehlt den Beamten diese wichtige Gedankenstütze für ihre Arbeit. Darum hat die Vereinigung schweizerischer biologischer Landbauorganisationen (VSBLO) das Referendum gegen diesen Milchwirtschaftsbeschluss auch aktiv mitgetragen.

Kuriosum zwischen Zwang und Solidarität

Bei den sogenannten Solidaritätsbeiträgen nach Artikel 25

des Landwirtschaftsgesetzes liegt eine Vorlage vor, über die man fast nicht ohne Augenzwinkern schreiben kann. Es handelt sich um ein Kuriosum der Agrarpolitik, welches dazu geschaffen werden soll, um die landwirtschaftlichen Verbände zu finanzieren. Wer nicht zahlen will, wird als «Trittbrettfahrer» abgeurteilt und durch den Staat zur Zahlung gezwungen.

Die Verbände beteuern zwar, die Abgaben würden nur eingeführt, wenn die Mehrheit der Mitglieder dies wünsche. Wer Einblick in die Entscheidungsprozesse der grossen landwirtschaftlichen Verbände hat, kann etwa abschätzen was das heisst. Was der Vorstand beschliesst, wird in aller Regel ratifiziert.

Begründet werden die Abgaben damit, dass Werbung für die verschiedenen Branchen gemacht werden müsse. Wenn die Slogans auf den Plakatwänden dann aber lauten: «Schweizer Fleisch – ein Stück Natur», dann sind diejenigen die Geprellten, die ein Fleisch verkaufen, das den Anspruch hat, besser zu sein als das durchschnittliche «Schweizer Fleisch». Abgesehen davon ist schwer zu unterscheiden, ob die Gelder in die allgemeine Verbandskasse oder zweckgebunden in die Werbung fliessen.

Diese Beiträge könnten sich plötzlich als Bumerang erweisen. Denn: Die landwirtschaftlichen Organisationen sind nicht die einzigen, die Werbung machen für die Produkte der Schweizer Landwirtschaft. Die jüngsten

Beispiele sind die Werbekampagnen von Migros und McDonalds, welche die Landwirtschaft und ihre Produkte in bestem Licht darstellen. Oder auch die Coop-Werbung rund um das Naturaplan-Programm: Warum sollten nicht plötzlich auch diese Firmen auf Werbebeiträge der Bauern pochen, wenn die Gesetzesgrundlage schon besteht? Die Beiträge laufen unter dem Namen «Solidaritätsbeiträge». «Solidarität» heisst laut Duden «Zusammengehörigkeitsgefühl». Spätestens hier wird die Geschichte absurd: Ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das man von Staates wegen erzwingen will?!

3 x Nein für eine ökologischere Agrarpolitik

Wenn das Stimmvolk am 12. März über die drei Agrarvorlagen abstimmt, wird es weniger die einzelnen Vorlagen als die

allgemeine Stossrichtung der Agrarpolitik beurteilen. Von diesem Urteil wird es abhängen, wie die Agrarpolitik während der Gatt-Anpassungen und in den Jahren danach ausgestaltet sein wird.

Ein Ja bedeutet: Wir wollen eine konventionelle Agro-Produktion mit einigen Retouchen und staatlich unterstützten Öko-Inseln. Ein Nein heisst aber: Wir wollen eine flächendeckend ökologische Landwirtschaft mit IP als Mindestanforderung und mit dem Bio-Landbau als mittel- oder langfristiges Ziel für möglichst viele Bauern.

Die Schweiz als Öko-Nische im Gatt

Der biologische Landbau wurde in der Schweiz bis vor kurzem als Marktnische angeschaut. Weil das Image der Bio-Lebensmittel bei den Konsumenten sehr hoch ist und das Image der konventio-

nellen Produkte mit jedem Nahrungsmittel-Skandal schlechter wird, steigt die Nachfrage nach Bio stetig.

Schweizer Produkte geniessen im allgemeinen noch immer den Ruf von hoher Qualität. Im Hinblick auf das Gatt und die europäische Integration (was immer man davon auch halten mag) gibt es für die Schweizer Landwirtschaft keine andere Möglichkeit als dieses Image von hoher Qualität zu hegen und zu pflegen. Unser östlicher Nachbar macht es uns vor: Mit der konsequenten Förderung des Bio-Landbaus baut sich die österreichische Landwirtschaft das Image «Naturkost-Laden Europas» auf. Was steht einer kleinstrukturierten Landwirtschaft im Hügelland eigentlich besser an? Der Konkurrenzkampf gegen die französische, ost- und norddeutsche oder holländische Agrar-Maschinerie ist für die Schweizer Bauern zum vornherein aussichtslos.

Der Fall Emmentaler

Eines der ehemals stolzesten Exportgüter war der Emmentaler-Käse. Bald ist man so weit, dass er im Ausland nur noch gegen Bezahlung übernommen wird. Emmentaler aus biologisch produzierter Milch wäre ein ganz neues Produkt für den Export, das auf den Auslandsmärkten auch ganz neu positioniert werden könnte – als Qualitätsprodukt, statt als Überschussware. Davon ist man heute noch weit entfernt, denn die verfügbare Milch reicht nicht einmal im Inland aus, und die Bio-Emmentalerproduktion steht noch in den Anfängen.

Für eine zukunftsgerichtete Landwirtschaftspolitik, welche den Bauern und Bäuerinnen günstige Rahmenbedingungen für die ökologische, und in dem Sinne auch marktgerechte Landwirtschaft schafft, gibt es am 12. März nur eines: 3 x Nein. So lautet auch die Parole der VSBLÖ. Alfred Schädel

Wildschweine sind die besseren Schweine

Analogien zur Tierwelt haben in den letzten Jahren Hochkonjunktur. Situationen, die wir rational schlecht verstehen, werden uns mittels einer Analogie aus der Tierwelt näher gebracht. Bereits beschrieben wurde das Dinosaurier-, das Schmetterlings- und das Wildentenprinzip. Vermutlich haben Sie vom einen oder anderen schon gehört oder gelesen. Alle beruhen auf interessanten Denkansätzen.

Ich möchte Ihnen heute ein weiteres Prinzip vorstellen, das sich auf die Wirtschaft und den Staat umdeuten lässt: Das Wildschweinprinzip. Nicht deshalb, weil ich zulange Asterix gelesen habe, sondern weil bekannt ist, dass das Hirnvolumen des Hausschweines, das ja vom Wildschwein abstammt, 25 % bis 30 % kleiner ist als dasjenige seiner Urform.

Das Schwein hat es damit im

Verlauf der relativ kurzen Zeit, in der es vom Menschen als Haustier gehalten wird, geschafft, einen Viertel seiner Steuerungsfunktion und damit seiner Überlebenskapazität zu verlieren. Und warum ist das Hirn geschrumpft?

Weil das Hausschwein auf Gewicht, auf Schinken und Speck statt auf Gesundheit und Fitness gezüchtet wurde. Die Sorge um das Futter, die Angst vor dem Jäger und die Motivation zur Fortpflanzung musste es eintauschen gegen einen warmen Stall mit Vollpension. Wer vollgefressen dösen muss, braucht ja schliesslich kein Gehirn.

Ich meine, diese Situation ist typisch für unsere kleine Welt, die Schweiz.

Der Unternehmer sucht kurzfristige hohe Renditen, Risiken will er aber keine übernehmen. Wer solche eingeht, wird als dumm

verkauft und man vergisst dabei, dass es keine Chance ohne Risiko gibt.

Der Arbeitnehmer sucht Wohlfühlen, einen hohen Lohn, gute Sozialleistungen und möglichst viel Ferien, um seine «persönlichen» Bedürfnisse zu befriedigen.

Die verschiedensten Gruppierungen rufen regelmässig dann nach dem Staat, wenn sie Gefahr laufen, Abstriche an ihrem Besitzstand akzeptieren zu müssen. Dabei wird die Verwaltung in die Rolle des Schiedsrichters gedrängt, der nicht pfeifen kann, weil er das Spiel nicht kennt. Damit das weniger auffällt, werden leere Aktivitäten entwickelt, die jeden bremsen, der etwas bewegen will. Das Wildschweinprinzip zeigt auf, dass diese Lebensweise früher oder später zur Verblödung oder zum Aussterben führt. Weitere Illustrationen zu

diesen Tatsachen lassen sich sowohl in der Kulturgeschichte als auch in der Wirtschaftsgeschichte beliebig häufig finden. Besonders die Endphasen der Hochkulturen der Griechen und Römer sind reich daran.

Das Gegenteil dieses Verhaltens kann man Fitness nennen. Eine Tüchtigkeit, die durch Zielsetzungen, persönliches Engagement und auch den Mut zum Misserfolg geprägt ist.

Abspecken ist in der Regel nicht angenehm, für unsere Gesellschaft jedoch eine Vorbedingung zur Fitness. Denn geschenkt wird uns nichts, genauso wenig wie den Schweinen. Was wir an Speck verlieren, gewinnen wir an Verstand.

Peter Laternser

Aus:
Schweizer Lebensmittel-
industrie 9/10 1994